

4321/AB XXI.GP

Eingelangt am: 18.11.2002

Der Rechnungshof

Die unter ZI 4373/J-NR/2002 gestellte Anfrage der Abgeordneten Theresia Haidlmayr, Freundinnen und Freunde vom 19. September 2002 betreffend die Umsetzung der Verfassungsbestimmung zur Gleichstellung von behinderten Menschen beehre ich mich, wie folgt zu beantworten:

Zu den Fragen 1) bis 3)

"Welche Punkte des Gesamtberichts der "Arbeitsgruppe zur Durchforstung der Rechtsordnung hinsichtlich behindertenbenachteiligender Bestimmungen" fallen in Ihren Zuständigkeitsbereich? (detaillierte Aufzählung der betroffenen Gesetzesteile)"

"Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt, um diese Benachteiligungen von behinderten Menschen in Ihrem Bereich zu reduzieren bzw. zu beseitigen? (detaillierte Aufzählung der geänderten Gesetzesteile)"

"Gibt es in Ihrem Bereich noch immer Gesetzesteile, die im Gesamtbericht der Arbeitsgruppe enthalten sind, und die bis jetzt nicht geändert wurden? Wenn ja, um welche Gesetzesteile handelt es sich konkret und warum wurden diese bis jetzt nicht abgeändert?"

Dem Rechnungshof kommt zu keiner der im Gesamtbericht der "Arbeitsgruppe zur Durchforstung der Rechtsordnung hinsichtlich behindertenbenachteiligender Bestimmungen" (III-178 d.B. StProtNR, XX. GP) angeführten Rechtsvorschriften eine Gesetzesinitiative (Zuständigkeit) zu. In dem angesprochenen Gesamtbericht der Arbeitsgruppe werden weder das V. Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes noch das Rechnungshofgesetz erwähnt. Der Rechnungshof wird jedoch im Wege der Berichterstattung an den Nationalrat gegebenenfalls auf diesbezügliche Abänderungserfordernisse hinweisen.

Dem Rechnungshof ist es darüber hinaus ein Anliegen, in seinem Bereich Benachteiligungen behinderter Menschen von vornherein zu vermeiden. Er hat daher organisatorische und bauliche Vorkehrungen getroffen, um behinderten Menschen den Zugang bzw. den Aufenthalt im Rechnungshof zu ermöglichen, und beschäftigt derzeit auch behinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das gesetzliche Ausmaß.